



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

12. Sitzung (öffentlich)

15. August 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Referat III.1

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Landesregierung muss Attraktivitätsoffensive für den Öffentlichen Dienst fortsetzen – Staatliche Handlungsfähigkeit in Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels sichern** **3**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4571

- 2 Zuschuss zum Deutschlandticket für die Landesbeschäftigten – Landesregierung muss jetzt handeln** **4**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4583

- 3 Sachstandsbericht Landesqualifizierung NRW** **5**

Vorlage 18/1274

4	Modifikation des Zulagensystems in der Finanzverwaltung	6
	Vorlage 18/1351	
5	Stellenbesetzung in der Landesverwaltung zum 01.07.2023	7
	Vorlage 18/1411	
6	Bearbeitungsdauer bei der Beihilfe	8
	Vorlage 18/1464	
7	Verschiedenes	9

* * *

1 Landesregierung muss Attraktivitätsoffensive für den Öffentlichen Dienst fortsetzen – Staatliche Handlungsfähigkeit in Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels sichern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4571

Der Antrag in Drucksache 18/4571 wurde vom Plenum am 14.06.2023 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) sowie zur Mitberatung an den Unterausschuss Personal überwiesen.

Die antragstellende Fraktion der FDP spricht sich dafür aus, die Beratung ohne die Abgabe eines Votums an den HFA zurückzugeben.

2 Zuschuss zum Deutschlandticket für die Landesbeschäftigten – Landesregierung muss jetzt handeln

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4583

Der Antrag in Drucksache 18/4583 wurde vom Plenum am 14.06.2023 zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) sowie zur Mitberatung an den Unterausschuss Personal und den Verkehrsausschuss überwiesen.

Stefan Zimkeit (SPD) regt an, vorbehaltlich der Entscheidung des Haushalts- und Finanzausschusses, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

3 Sachstandsbericht Landesqualifizierung NRW

Vorlage 18/1274

Angesichts der Diskussion zum Bereich „offene Stellen in der Landesverwaltung“ sehe **Stefan Zimkeit (SPD)** bei dieser Maßnahme mehr Potenzial: Zum einen, deutlich mehr für die betroffenen Menschen zu tun, zum anderen, mehr zu tun für die Landesverwaltung.

Er stellt in Aussicht, auf die demokratischen Fraktionen zugehen zu wollen, um ggf. gemeinsam etwas auf den Weg zu bringen. Ggf. auch in einem Gespräch mit dem Berufsförderungswerk. Er glaube, man könne in diesem Bereich etwas bewegen.

Simon Rock (GRÜNE) bittet um Darstellung, warum vier Teilnehmende die Landesqualifizierung abgebrochen haben.

Christian Loose (AfD) wolle wissen, ob die Quote normal sei, unter oder über dem Durchschnitt liege.

Laut **RD'in Anna-Katharina Goer (IM)** wurden die Maßnahmen aus gesundheitlichen Gründen beendet. Aufgrund dieser Begründung werde seitens des Ministeriums des Innern nicht weiter nachgefragt.

Die Anzahl von vier Abbrecherinnen und Abbrechern sei der Durchschnitt der vergangenen Jahre.

Simon Rock (GRÜNE) regt an, künftig bei den Abbrecherinnen und Abbrechern nach den Hauptgründen des Abbruchs zu fragen.

Für die Evaluierung des Programms sei es hilfreich, diese Aspekte zu kennen.

4 Modifikation des Zulagensystems in der Finanzverwaltung

Vorlage 18/1351

Ralf Witzel (FDP) fragt nach, wann die letzte Überarbeitung des Zulagensystems in der Finanzverwaltung stattgefunden habe und wann mit einer Entscheidung zu rechnen sei.

Für den Bereich der Tarifbeschäftigten habe die Deutsche Steuer-Gewerkschaft als ihren Erfolg vermeldet, dass sie für Tarifbeschäftigte, das aufgrund der Mehrbelastung bei der Bearbeitung der Grundsteuererklärungen, zusätzliche Zahlungen mit dem Ministerium verabredet worden seien. Er bittet um Auskunft, ob eine Zulage vergleichbar auch für die Beamtinnen und Beamten vorgesehen sei.

MDgt Dr. Lukas Mangelsdorff (FM) stellt fest, dass das Zulagenwesen für den gesamten Geschäftsbereich der Landesregierung reformiert werden solle. Es werde Gegenstand der Modernisierung des Öffentlichen Dienstes sein und der Beratungen, die geführt werden (wie es im Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen festgehalten wurde).

Gemäß **LMR Dr. Tobias Trierweiler (FM)** seien für den Beamtenbereich vergleichbare Zulagen aufgrund der Mehrbelastung bei der Bearbeitung der Grundsteuererklärung nicht vorgesehen.

Zu den weiteren zeitlichen Planungen werde das Ministerium der Finanzen in der nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses berichten.

5 Stellenbesetzung in der Landesverwaltung zum 01.07.2023

Vorlage 18/1411

Laut **Stefan Zimkeit (SPD)** könne festgehalten werden, dass das Thema einer ausführlichen politischen Debatte bedürfe. Die Situation der unbesetzten Stellen werde immer dramatischer. Es sei entschlossenes Handeln gefragt. Auf die Nachfrage der SPD, wann mit konkreten Vorschlägen zum Thema Attraktivierung des Öffentlichen Dienstes zu rechnen sei, habe sich die Landesregierung nicht geäußert.

Er frage sich, ob vor dem Hintergrund der Stellensituation, nun mit einer höheren Geschwindigkeit zu rechnen sei.

Zufolge **MDgt Dr. Lukas Mangelsdorff (FM)** befinde sich die Landesregierung in der Vorbereitung von Gesprächen. Man sei auf einem guten Weg.

Die weitere Erörterung dazu werde in der nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses fortgesetzt.

6 Bearbeitungsdauer bei der Beihilfe

Vorlage 18/1464

Vor dem Hintergrund der letzten Erörterung dieses Themas im Unterausschuss und des Hinweises durch das Ministerium der Finanzen, dass sich die Lage bei den Beihilfestellen in absehbarer Zeit verbessern werde, stellt **Stefan Zimkeit (SPD)** fest, dass eine wachsende Anzahl von Beschwerden über die Bearbeitungsdauer zur verzeichnen sei. Er bitte um Darstellung, wie die Landesregierung die zukünftige Entwicklung insbesondere beim Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen (LBV NRW), als Hauptbeteiligten sehe.

Gemäß **RD Sebastian Kunst (FM)** habe sich die Bearbeitungszeit durch einen weiterhin starken Anstieg der Antragstellungen im zweiten Halbjahr 2023 um vier Tage erhöht.

Im ersten Halbjahr haben man drei zusätzliche Samstage genutzt. Aus verschiedensten Bereichen des LBV NRW wurde personelle Unterstützung zusammengezogen. Weiterhin habe man die gewichtete Arbeitsweise bzw. die risikoorientierte Bearbeitung fortgeführt. Außerdem werde aktuell geprüft, wie man dem LBV NRW weitere personelle, zeitlich befristete, Unterstützung zugutekommen lassen könne.

Christian Loose (AfD) fragt nach den Hintergründen des starken Anstiegs.

Laut **RD Sebastian Kunst (FM)** habe das Ministerium der Finanzen keine belastbare Statistik, woraus es abzuleiten sei. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Versorgungsempfänger eher einen Beihilfeantrag stelle, sei höher, als dass es ein junger Anwärter tue. Auch die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale zum 01.01.2022 habe zum erhöhten Antragseingang geführt.

Stefan Zimkeit (SPD) regt an, dass die Finanzverwaltung auf die Möglichkeit – insbesondere zum Schutz vor außergewöhnlichen finanziellen Belastungen – hinweisen solle, dass die beihilfeberechtigte Person bei der Beihilfestelle einen Antrag auf eine (einmalige) Abschlagszahlung stellen könne.

Ralf Witzel (FDP) bitte um weitere Ausführungen zu der risikoorientierten Bearbeitung.

RD Sebastian Kunst (FM) bittet um Verständnis, dass das Ministerium der Finanzen hierzu keine detaillierten Ausführungen machen könne; es handele sich hierbei um ein „Betriebs- bzw. Geschäftsgeheimnis“.

7 Verschiedenes

Vorbehaltlich der Überweisung durch das „August-Plenum“ fasst der Unterausschuss einen Vorratsbeschluss über die Durchführung einer Anhörung zum Personalhaushalt 2024 am 17.10.2023.

gez. Carolin Kirsch
Vorsitzende

29.08.2023/31.08.2023